

Im Folgenden finden Sie die Argumente des Teams Niederrhein auf die Behauptungen der Grünen Kreistagsfraktion und des Herrn Kück:

Kück hatte die Aktuelle Stunde im Düsseldorfer Landtag verfolgt. Für ihn ist nun klar, dass die Vorgaben der schwarz/gelben Landesregierung für den Regionalplan Ruhr zu den angekündigten Flächenausweitungen im Kreis Wesel führen werden. Auch hätten CDU und FDP damit der Kiesindustrie den Freifahrtschein für die Ausweitung der Abgrabungszeiträume von 20 auf 25 Jahre „auf dem Silbertablett“ serviert. „Für CDU und FDP bedeutet ihre Entfesselungspolitik den Ausverkauf an Bodenschätzen am Niederrhein und die damit verbundene Zerstörung von Umwelt, Natur und Lebensraum“, so Kück.

Dazu sei einmal Folgendes erwähnt: Die erste, gescheiterte Offenlegung des Regionalplanes durch den grünen Planungsdezernenten Tönnies, vorgelegt 2018, sah mit gültiger Karte und Reservekarte eine Flächenausweisung von 45 Jahren und 1750 Hektar im Kreis Wesel vor. Sie basierte auf dem Landesentwicklungsplan, für den auch die Grünen Landtagsabgeordneten gestimmt haben. Die zweite, derzeitige anstehende Offenlage des Regionalplanes, der auf dem neuen, so kritisierten Landesentwicklungsplan 2019 basiert, weist in der Karte 25 Jahre und 1100 Hektar aus. Die Reservekarte wurde komplett gestrichen. Das ist deutlich weniger Flächenausweisung, aber immer noch zu viel. Entscheidend ist die Bedarfsermittlung. Diese hat neben der SPD auch die Partei von Herrn Kück zu verantworten. Für konfliktfreie Abbaulösungen ist der sozialdemokratisch geführte Regionalverband Ruhr zuständig, auf dessen Mitgliedschaft die Kreis-Grünen so großen Wert legen. Darüber gehen nahezu alle Kieslöcher am Niederrhein auf das Konto roter oder rot-grüner Landesregierungen.

Aber diese Art der Entfesselungspolitik bringt nach Einschätzung der GRÜNEN auch einen erheblichen Eingriff in die Trinkwasserschutzgebiete entlang des Niederrheins mit sich. Auch hier habe die Landesregierung mit den Änderungen im Landeswassergesetz die Abgrabungen erleichtert. Mit den Entscheidungen aus Düsseldorf geht daher Kück hart ins Gericht, denn nach seiner festen Überzeugung „geht hier die Landesregierung ohne Rücksicht auf die Menschen, den Natur- und Umweltschutz sowie der niederrheinischen Heimat sträflich um“. Dabei will die Landesregierung nach seiner Ansicht „noch vor der Landtagswahl im Mai der Kiesindustrie die versprochenen Geschenke machen.“

Abgrabungen in Trinkwasserschutzgebieten sind nur in extremen Ausnahmefällen möglich. Für den Kreis Wesel ist eine solche Abgrabung nicht bekannt. Die CDU hat einen 10-Punkte-Plan angekündigt, der den Aussagen von Herrn Kück widerspricht: Ist ihm dieser nicht bekannt? Darüber hinaus hat der CDU-Landesparteitag die Überprüfung der Bedarfsermittlung beschlossen. Dieser Beschluss soll ins Wahlprogramm aufgenommen werden.

Als geradezu zynisch werten die GRÜNEN die Begründung von CDU und FDP, dass der exzessive Kiesabbau für den Wohnungs- und Straßenbau zwingend notwendig sei, denn die bisherigen Tatsachen würden zeigen, dass gerade entlang des Rheins in den Kreisen Wesel und Kleve mehr als 80 % der Bodenschätze exportiert werden. Damit würden andere Länder ihre Rohstoffvorkommen schonen und der Niederrhein würde zur Kiesgrube für halb Europa verkommen. „Bisher bin ich davon ausgegangen“ so Kück, „dass eine Landesregierung die Interessen ihrer Menschen vertritt und nicht die anderer Länder. Von dieser Maxime hat sich

der Ministerpräsident und seine geführte Regierung offenbar verabschiedet. Er macht sich lieber zum Handlanger der Wirtschaft.“

Was ist zynisch daran zu fragen, wo die Rohstoffe herkommen sollen für die von der Ampelkoalition angekündigten 400.00 Wohnungen, den Straßenbau sowie die Windräder auf zwei Prozent der Fläche der Bundesrepublik? Die Exportquote für Sand und Kies in NRW betrug 2019 etwas über 18 Prozent abzüglich des Imports von Fertigteilen, nachzulesen beim statistischen Landesamt NRW. Hier sei die offizielle Frage an Herrn Kück gestellt: Wo hat er diese Zahlen her? Bitte belegen Sie diese, Herr Kück! Ein radikaler Exportstopp, wie Herr Kück ihn sinngemäß fordert, widerspricht europäischem Recht.

Die GRÜNEN bleiben bei ihrer Zielsetzung. Sie setzen darauf, dass sie durch eine Regierungsbeteiligung nach der Landtagswahl im Mai, den Flächenfraß stoppen wollen. Zielmarke soll dabei sein, dass sich die Abgrabungsflächen für Sand und Kies am regionalen Verbrauch orientieren müssen. Außerdem will man an der Einführung einer Rohstoffabgabe festhalten, um Recycling und alternative Baustoffe konkurrenzfähig zu machen. In Verbindung mit einer verbindlichen Recyclingquote bei Baustoffen und der Verkürzung des Versorgungszeitraumes auf 15 Jahre wollen die GRÜNEN den „größenwahnsinnigen Raubbau an der Natur“ nach dem 15. Mai stoppen.

Nur 18 Prozent des Kieses werden exportiert abzüglich der importierten Fertigteile. Ein „Exportstopp“ innerhalb von Deutschland ist fern jeglicher Realität. Baustoffe dürfen nicht noch teurer werden. Es wird Jahre dauern, bis die Recyclingquote nennenswert gesteigert werden kann. Das Team Niederrhein hat die HDB Recycling GmbH in Hünxe besucht, einen Vorzeigebetrieb, der vom Land gefördert wird. Die Experten dort werden diese Aussage bestätigen. Die Verkürzung des Versorgungszeitraumes bringt nichts, wenn die Bedarfsermittlung nicht wissenschaftlich überarbeitet wird. Es kann auch viel Kies in 15 Jahren abgebaut werden. Die Neujustierung des Kiesabbaus am Niederrhein braucht intelligente Lösungen und keine ideologischen. Auch hier sei auf den 10 Punkte-Plan der CDU verwiesen.